

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abzugspreis: Die einseitige Zeile ober deren Raum 18 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei monatl. Einreich. od. Konfusen häufiger wird. Verlagsort: Altensteig, Gerichtsamt Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.56 RM., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 164

Altensteig, Donnerstag den 17. Juli 1930

53. Jahrgang

Aufhebung des Stahlhelm-Verbots

Braun fordert Hindenburg zur Rheinlandfeier auf

Berlin, 16. Juli. Der Frieden zwischen Stahlhelm und preussischer Staatsregierung ist, wie wir gestern schon vorausgesehen hatten, nunmehr hergestellt worden. Zwischen dem preussischen Innenminister Baentig und der Bundesleitung des Stahlhelms sind Schriftstücke ausgetauscht worden. In einem Schreiben des Stahlhelms, unterzeichnet von dem Bundesführern Seldie und Düsterberg, erklärte der Stahlhelm, daß er in Zukunft solche Übungen wie die im Oktober 1929, die zur Auflösung Anlaß gegeben haben, unterlassen werde. Daraufhin hat, wie der amtliche preuß. Pressedienst mitteilt, der preussische Minister des Innern die nachgeordneten Behörden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen davon unterrichtet, daß einer etwaigen Neubildung des Stahlhelms in den genannten beiden Provinzen kein Hindernis mehr bereitet werde!

Ministerpräsident Braun ist heute abend beim Reichspräsidenten erschienen und hat ihn gebeten, da seine Bedingungen nunmehr erfüllt seien, doch auch das preussische Gebiet zu besuchen. Diesen Schritt wird, wie wir annehmen möchten, Herr von Hindenburg sich kaum mehr verweigern.

Das schloß noch!

Köln, 16. Juli. Aus Anlaß des entstandenen Konflikts zwischen dem Reichspräsidenten und der preussischen Staatsregierung bezüglich der Nichtaushebung des Stahlhelmverbots in Rheinland-Westfalen hat der Bezirksvorsitz der Sozialdemokratischen Partei Oberrhein, der die Bezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier umfaßt, folgende Parole an die rheinische Arbeiterschaft gerichtet: „Partei-genossen, der sensationelle Schritt des Reichspräsidenten stellt uns in Rheinland vor eine ganz neue Situation. Wir waren bisher durchaus bereit, an den Befreiungsfeiern teilzunehmen, nicht zuletzt deshalb, weil gerade die Sozialdemokratie und die hinter ihr stehenden Arbeitermassen in der Befreiung des Rheinlandes und der Niederwerfung

des Separatismus ausschlaggebenden Anteil haben. Der Brief Hindenburgs zwingt uns zu einer anderen Stellungnahme. Herr von Hindenburg stellte den Stahlhelm über die rheinische Arbeiterschaft. Sollte der Reichspräsident mit seiner Forderung der Rückgängigmachung des Stahlhelmverbots durchdringen, so ist für uns jede Beteiligung an den Befreiungsfeiern selbstverständlich ausgeschlossen. Wir ersuchen die Parteigenossen allerorts, sich auf diese Wahrscheinlichkeit einzurichten und die örtlichen Behörden sofort davon zu verständigen.

Der Reichspräsident reist ins Rheinland

Berlin, 16. Juli. Wie wir erfahren, wird nach der nunmehr erfolgten Aufhebung des Verbotes des Stahlhelms, und der Bund der Frontsoldaten, für Rheinland-Westfalen die Reise des Reichspräsidenten in der ursprünglichen in Aussicht genommenen Form stattfinden.

Verhandlungen über die Aufhebung des Stahlhelmverbots

Berlin, 16. Juli. Wie wir erfahren, sind heute mittig im preussischen Innenministerium zwischen der Leitung des Stahlhelmverbots und den Sachreferenten des Innenministeriums die Verhandlungen aufgenommen worden über die Frage der Aufhebung des Stahlhelmverbots. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen, die zurzeit noch andauern, werden die weiteren Schritte des preussischen Staatsministeriums abhängen.

Zur Aufhebung des Stahlhelm-Verbots

Berlin, 17. Juli. Wie die „Germania“ mitteilt, wird heute vormittag um 10.30 Uhr der Reichspräsident den preussischen Ministerpräsidenten Braun und den Reichszugler Dr. Brüning zu einer gemeinsamen Besprechung empfangen. Dem Blatt zufolge wird es sich bei dieser Zusammenkunft um die Beilegung der letzten Reste des bedauerlichen Zwischenfalles handeln.

Die Deckungsvorlage abgelehnt

Der Reichstag gab am Mittwoch dem Einspruch des Reichsrats gegen das Amnestiegesetz statt, da keine Zweidrittelmehrheit für das Gesetz zustande kam. Für das Amnestiegesetz wurden nämlich nur 295 von insgesamt 452 Stimmen abgegeben. 10 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten, während 146 Sozialdemokraten gegen das Gesetz stimmten. Das Amnestiegesetz ist damit gescheitert.

Präsident Lohde erklärt, zur Zurückweisung des Einspruchs wären nach der Geschäftsordnung in diesem Falle 300 Stimmen notwendig gewesen. Da diese Zahl nicht erreicht wurde, sei dem Einspruch des Reichsrats stattgegeben worden. (Wairale rechts.)

Es folgt die erste Beratung der Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums auf Annahme der Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930.

Abg. Graf Westarp (DntL) beantragt Ablehnung von der Tagesordnung. Im Hammersprung wird der Antrag Westarp mit 278 gegen 140 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Die Anträge werden dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Dann wird das Bankrotgesetz für 1930 ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Das Gesetz über die Verwendung von Zinlansparnissen zur Herstellung von Kalz wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Hierauf wird die zweite Beratung der Deckungsvorlage fortgesetzt.

Abg. Torgler (Kom.) führt aus, die gestern den Sozialdemokraten bewilligte Ueberlegungsfrist werde zu einem lässigen Ruhhandel zwischen Sozialdemokraten und Regierungsparteien benutzt. Der Redner fordert eine Millionsteuere, eine zehnprozentige Sondersteuer für alle Vermögen über 500 000 RM.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Unsere Stellungnahme ist nicht so sehr bedingt durch die Gestaltung der einzelnen Artikel des Gesetzes als durch die politische Gesamtsituation. Ganz unannehmbar aber ist der Wunsch der Bürgersteuern, die man besser Kopf- oder Regenersteuer nennen möchte. Bleibt sie im Gesetz, dann lehnen wir die ganze Vorlage ab. Für uns ist die Vorlage auch unannehmbar, weil sie verknüpft ist mit einer Verschlechterung der Sozialpolitik. Die Regierungsparteien scheuen sich, den Grund für ihre ablehnende Haltung zu Verhandlungen mit uns öffentlich mitzuteilen. Unsere ablehnende Haltung zur Deckungsvorlage steht damit fest. Der Reichszugler beabsichtigt, zur Durchführung seiner Vorlage den Artikel 48 anzuwenden. Wir halten das für verfassungswidrig. Wir werden sofort die Aufhebung der Rotverordnung beantragen und werden dann ab-

warten, ob die Deutschnationalen unserem Antrag zustimmen oder lieber ihre Oppositionsstellung aufgeben werden. (Lärm bei den Nationalsozialisten.) Wir werden dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages nicht zustimmen, denn das Ziel dieses Antrages ist doch, daß nach der Reichstagsauflösung der Artikel 48 angewandt werden soll. Wir wollen den Reichstag präsent haben, damit wir sofort die Aufhebung der Rotverordnung beantragen können.

Abg. Effer (Z.): Es ist ein außerordentlicher Vorgang, daß hier von der Rednertribüne Einzelheiten persönlicher Verhandlungen mitgeteilt werden. Ich sehe zu jedem Wort, das ich sagt habe. Tatsächlich sind die Verhandlungen dadurch zum Weiterverurteilt gewesen, daß die Sozialdemokraten den dritten Satz ihres Schreibens in eine ultimative Form gefaßt haben, die eine Verhandlung unmöglich machte. Ich habe mit Herrn Breitscheid mündlich verhandelt und habe dann den Vertretern der Regierungsparteien loyal mitgeteilt, unter welchen Voraussetzungen die Sozialdemokratie ihre Unterstützung zu geben bereit ist. Nun hat aber Herr Breitscheid den Weg gewählt, schriftlich zu antworten, und ich konnte die Antwort sogar, ehe ich sie in der Hand hatte, schon von einem Pressevertreter hören. Ich bedaure, daß das Schreiben der Sozialdemokraten in dem dritten Satz ein Ultimatum an die übrigen Parteien gestellt hat, das von vornherein eine Abgabe bedeutete. Ich stelle fest, daß, wenn diese Verhandlungen nicht zum Ziele geführt haben, es nicht an uns liegt, sondern an der Form Ihres Schreibens, das jede weitere Verhandlung unmöglich gemacht hat.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erwidert: Mit dem Wort: „Wer schreibt, der bleibt“, sei schon die Scheu der Regierungsparteien gekennzeichnet, sich schriftlich auf die mündlichen Gründe für ihre Haltung festzulegen.

Abg. Effe (Kom.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten sich schwächlich dem faschistischen Regime Brüning. — Damit ist die Aussprache beendet.

Artikel 2 der Deckungsvorlage (Reichshilfe) kommt nun zur momentanen Abstimmung. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Artikels mit 256 gegen 294 Stimmen. Dagegen haben die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die beiden Mitglieder der Volkrechtspartei gestimmt.

Der Reichszugler

erklärte sofort, daß die Regierung auf die Fortführung der Verhandlungen über die Vorlage keinen Wert mehr lege. (Rufe bei den Kommunisten: „Abtreten!“)

Präsident Lohde: Damit ist nicht nur die Deckungsvorlage gescheitert, sondern auch der Ergänzungsetat. Bestehen bleiben aber

der Antrag der Wirtschaftspartei auf Reichstagsauflösung und der kommunistische Mißtrauensantrag.

Abg. Schatz (DntL): Zu dem Mißtrauensantrag habe ich zu erklären, daß wir uns von Ihnen, meine Herren Kommunisten, unsere Haltung nicht vorschreiben lassen. (Gelächter links.) Den Antrag der Wirtschaftspartei betrachten wir als einen unannehmlichen Eingriff in die Entscheidungsfreiheit des Herrn Reichspräsidenten.

Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Reichstagsauflösung wird gegen die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett wird in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 59 Stimmen bei 151 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Deutschnationalen haben gegen den Antrag gestimmt, die Sozialdemokraten haben Stimmenthaltung geübt.

Die Sitzung wurde durch eine halbstündige Pause unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die zweite Beratung des Osthilfegesetzes fortgesetzt.

Abg. Hergt (DntL) führt aus, im Anschluß sei das Gesetz verschleiert worden, vor allem durch die Regierungserklärungen über die Durchführung und durch den Beschluß, daß die Sakung der Abhängigkeitsbank erst vom Reichsrat und vom Haushaltsausschuss genehmigt werden müsse. Der Redner empfiehlt dann verschiedene Änderungsanträge seiner Fraktion.

Abg. Siegfried (W.P.) begrüßt die Vorlage. Die Osthilfe sei zu einer Herzangelegenheit des ganzen deutschen Volkes geworden. Der Redner begründet jedoch verschiedene Anträge.

Abg. Könnemann (Dem.) ist der Meinung, daß die Ausschlußbeschlüsse zu einer Verbesserung der Vorlage geführt hätten. Die Deutschnationalen hätten wieder einmal deutlich gezeigt, daß ihre Liebe nicht der Bauernschaft, sondern dem Großgrundbesitz gehört.

Darauf spricht Reichsernährungsminister Schiele in längeren Ausführungen über das Osthilfegesetz, um 8.30 Uhr wird die Beratung abgebrochen und am Donnerstag 12 Uhr verlagert: Novelle zur Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Neuer Amnestieantrag der Regierungsparteien

Der durch die Annahme des Einspruches des Reichsrats gescheiterte Amnestieantrag ist von den Regierungsparteien als neuer Initiativantrag im Reichstag eingebracht worden. Der Antrag muß nunmehr nochmals in drei Lesungen vom Reichstag erledigt werden. Ebenso muß er dann noch einmal dem Reichsrat vorgelegt werden.

Zur Abstimmung über das Amnestiegesetz

Nach dem endgültigen Ergebnis der namentlichen Abstimmung im Reichstag über den Einspruch des Reichsrats gegen das Amnestiegesetz sind für dieses Gesetz nur 295, gegen das Gesetz 146 Stimmen abgegeben worden, während sich 10 Abgeordnete der Stimme enthalten. Mit den Sozialdemokraten haben auch die beiden Zentrumsabgeordneten Jahnbrock und Kießner gegen das Gesetz gestimmt. Der Stimme enthalten sich die Zentrumsabgeordneten Dr. Holz, Dr. Deffauer, Groß und Schwarz-Fraunfurt, die Demokraten Lemmer und Frau Dr. Lüders, die Völkischen Volksparteiler Loidl, Dr. Pfeiler und Raud und der Deutsch-Hannoverscher Alpers.

Artikel 48

Rechtsfragen der verfassungsmäßigen Diktatur

Seit Verhandlungen um den Etat geführt werden, und zwar nicht um den Nachtragsetat, sondern schon seit April, spielt man mit dem Gedanken, Artikel 48 der Reichsverfassung in Anwendung zu bringen. Er lautet:

„Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.“

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichen Falles mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. In diesem Zwecke darf er vorübergehend die in dem Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Absatz 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“

Obwohl im Absatz 5 des Artikels 48 eine reichsgesetzliche Regelung vorgesehen ist, die bisher noch nicht erfolgte, schafft

nach der heute allgemein geltenden Auffassung der Art. 48 Absatz 2 geltendes Recht. An sich werden durch diesen Artikel der Reichsverfassung zwei verschiedene Dinge geregelt, und zwar in Absatz 1 die Reichsregierung gegen Länder, die ihre Pflicht nicht erfüllen, während in den folgenden Absätzen die Bekämpfung ungewöhnlicher Störungen oder Befürdungen der öffentlichen Sicherheit durch außergewöhnliche Befugnisse des Reichspräsidenten eine gesetzliche Grundlage finden. Bei den Staatsverhandlungen ging es selbstverständlich nicht um die Reichsregierung, sondern um die Diktaturgewalt. Die Reichsregierung richtet sich stets nur gegen ein Land als solches. Von der Diktatur werden alle betroffen: Privatpersonen, aber auch die Länder und Organe. Eine Streitfrage bildet es, ob bei einer Diktatur die Reichsverfassung als solche gewahrt bleiben muß, mit Ausnahme der in Absatz 2 aufgezählten Grundrechte, wie z. B. die Freiheit der Personen, die Unverletzlichkeit der Wohnung, Brief-, Post-, Telegraphengeheimnis, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Zensurfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit und der Schutz des Privateigentums. Bei der praktischen Durchführung eines Ausnahmezustandes wird es jedoch nicht möglich sein, mit der Aufhebung dieser Grundrechte auszukommen, so wird mit Recht zitiert, daß auch Artikel 105 zweifellos aufgehoben werde. Er lautet: Ausnahmevorschriften sind unstatthaft; niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Zu den Maßnahmen im Sinne der Absätze 2 und 4 des Artikels 48 schreibt der bekannte Staatsrechtslehrer Gerhard Jählich in seinem Kommentar der Reichsverfassung:

„Es kommen zunächst Vorkehrungen und Eingriffe tatsächlicher Art in Betracht. Hierher gehört vor allem das durch Absatz 2 ausdrücklich zugelassene Einschreiten mit Hilfe der bewaffneten Macht, also der Reichswehr, welches zwar nur erforderlichenfalls, aber sobald erforderlich auch mit allen der bewaffneten Macht zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgen kann.“

Sodann fallen unter den Begriff der Maßnahmen auch Rechtsmaßnahmen, die... als Verfügung und Verordnungen zu bezeichnen sind. Durch solche Verordnungen kann alles vorgeschrieben oder verboten werden, wofür ein einfaches, nicht verfassungsänderndes Reichsgesetz erforderlich und ausreichend ist.“

Die von uns angeführte, von Karl Schmidt vertretene Ansicht, daß die Diktaturgewalt auch durch andere als die im Absatz 2 aufgezählten Verfassungsbestimmungen nicht geändert sei, lehnt Jählich ab. Er ist der Meinung, daß sich die Diktaturgewalt über seine anderen als die sieben Grundrechte hinwegsetzen kann.

Das Regieren mit Artikel 48 der Reichsverfassung kann tatsächlich auf alle Fälle nur innerhalb eines beschränkten Zeitraumes erfolgen. So bald wie möglich muß die Reichsverfassung wieder voll in Kraft gesetzt werden.

Dr. K.

Paris und die deutsche Antwort

Paris, 16. Juli. Die deutsche Note hat in Paris eine gute Aufnahme gefunden. Nicht nur im Außenministerium wird es lobt, daß Ton und Inhalt zufriedenstellend seien, sondern auch die große Mehrzahl der Pariser Blätter widmen ihr ruhige Betrachtungen. Man hat fast den Eindruck, als ob man Schlü-

Friedrich Augsburger

Ein freirechtlicher Roman von Wolfgang Macken

Arbeiter-Rechtsschutz durch Verlag Oskar Reister, Werdau (59. Fortsetzung.)

Als Friedrich Augsburger im Zimmer saß, nahm er das alte Gesangbuch mit zitternden Händen und fand den Namen seiner Mutter.

Einen Moment lang war er fassungslos, dann schlug er die Hände vor's Gesicht und weinte. „Du warst meine Mutter! Du! O, du arme, wie hat man dich getraut! Du Arme!“

Friedrichs Abschied von Barbette war unfähig qualvoll. Sie liebte ihn mit allen Fasern ihrer Seele, und er stand da und konnte ihr keinen Trost geben.

„Ich will dich wiedersehen“, bat sie. Aber er schüttelte den Kopf.

„Berg dich, wenn du Weh empfindest, so du an mich denkst. Ich werde deiner gern gedenken. Lebe wohl, Schwester!“

„Du gehst am Glück vorbei, Friedrich, und ich muß abseits stehen. Laß mich mit dir gehen.“

Sie hat und flehte, doch der Augsburger blieb unerbittlich.

„Ist's noch nicht genug der Qual, Barbette? Du bist so jung noch. Bei mir würdest du das Fröhlichsein verlernen.“

„Wo wirst du hingehen?“

„Zu meiner Mutter. Und dann wird sich alles andere von selbst finden. Lebe wohl, Barbette.“

Sie weinte still, wie ein Kind. Sprechen konnte sie nicht.

Am Nachmittag rüstete Augsburger sich zum Aufbruch. Durch Brühl hatte er erfahren, daß der Kurfürst bereits nach Warschau abgereist war.

Brühl überreichte ihm ein veriegeltes Schreiben des Kurfürsten.

Leichte Grüße waren es — und drei Rollen mit Geld. Lauter Dukaten.

Brühl stand bei ihm, als er das Schreiben öffnete.

„Saben Sie mir für Majestät noch etwas auszurichten?“

Nach kurzem Bestimmen sprach Friedrich Augsburger:

meres erwartet hätte und jetzt erleichtert aufatme. Das wird übrigens im „Petit Parisien“ ausdrücklich gesagt, denn das Blatt schreibt, die Note sei viel besser, als man zuerst nach den Andeutungen aus Berlin geglaubt habe.

Die französische Presse hält sich vor allem an die Zusage Deutschlands, an der Durchführung des französischen Planes mitarbeiten zu wollen. Das ist für sie das Wesentliche, und deshalb wird Deutschland reichlich Anerkennung für diesen Entschluß zuteil.

Besonders anerkennend ist die Neuherung des „Petit Journal“. Die Zeitung rast ihren Lesern ins Gedächtnis zurück, daß das Locarno-Abkommen Deutschland das Recht verbürgt hat, alle seine Forderungen geltend zu machen, vorausgesetzt, daß dies auf friedlichem Wege geschehe, und daß Deutschland durchaus nichts Neues vorbringe, wenn es von einer friedlichen Entwicklung und zukünftigen Vervollständigung Europas spreche.

„Petit Journal“ rühmt besonders die Teile der deutschen Antwort, die sich auf die wirtschaftlichen Fragen beziehen, denn sie enthalten sehr bemerkenswerte Äußerungen. Auch die Forderung, daß Rußland und die Türkei in den Bund aufgenommen werden sollen, sei bei Deutschland logischer als etwa bei Italien, weil Deutschland seit dem Kriege und durch den Kapitalübertrag besondere Beziehungen zu diesen Ländern unterhalte. Für Deutschland bestünden daher wirkliche Gründe für seine Haltung, während Italien nur einen politischen Schachzug mit den gleichen Forderungen verdecken wolle.

Die Vorkblätter sind erst recht von der deutschen Note befreit. „Quotidien“ bezeichnet sie als ein Schriftstück, über das sich alle diejenigen freuen können, die in dem Gedanken eines einigen Europas eine Bürgschaft für den Frieden erblicken. „Deutsche“ erklärt, daß Deutschland in seinem Recht sei, wenn es von einer Vervollständigung der Verträge spreche, habe etwa Frankreich nach 1871 auf dem Berliner Kongreß etwas anderes verlangt?

Die zweite Nordlandfahrt

Friedrichshafen, 16. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Mittwoch vormittag 7.14 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner zweiten Nordlandfahrt aufgestiegen. Die Fahrt wird 50 bis 60 Stunden dauern. Das Luftschiff wird im Laufe des Freitags zurückerwartet. Die Flugroute wird dieselbe wie bei der ersten Fahrt sein. Die Wetterverhältnisse sind einermöglichen günstig. In Bord befinden sich 22 Passagiere. Darunter General Robble und der spanische General Herreta.

Zeppelin über Hamburg

Hamburg, 16. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat um 2 Uhr nachmittags Hamburg in schneller Fahrt passiert, um 4 Uhr war es über Westerland.

Neues vom Tage

Die bayerische Schlachtsteuer abgelehnt

München, 16. Juli. Im bayerischen Landtag wurde die lang und heftig umkämpfte Schlachtsteuer-Vorlage der Regierung in namentlicher Abstimmung mit 67 Stimmen des Bauernbundes, der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, der Nationalsozialisten und der Kommunisten gegen 58 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung eines deutschnationalen Abgeordneten abgelehnt. Der Finanzminister hatte die Aussprache mit einer Darlegung der Zwangslage eingeleitet, in der sich die Regierung befindet und auf die Gefahren hingewiesen, die der Eigenstaatlichkeit Bayerns drohten für den Fall, daß der Haushalt nicht ins Gleichgewicht gebracht werden könne.

Reduzierung der Bahnschutztruppen im Saargebiet Saarbrücken, 16. Juli. Nach Räumung des linken Rheinfers hat die Regierungskommission beschlossen, den Effectivbestand der Eisenbahnschutztruppe des Saargebietes auf die Zahl von 250 Personen herabzusetzen. Die Regierungskommission hat außerdem den Völkerbundrat verständigt, daß die Eisenbahnschutztruppe reduziert würde, und noch um weitere Einheiten reduziert werden wird. (Unverständlich bleibt, warum die Truppen nicht ganz beseitigt werden, die doch zur Sicherung der jetzt beseitigten Besatzung gestellt wurden. D. Red.)

Eine Steuben-Abordnung beim Reichspräsidenten

Berlin, 16. Juli. Der Herr Reichspräsident empfing heute eine von ihrem Vorsitzenden Theodor A. Hoffmann geleitete Abordnung der amerikanischen Steuben-Gesellschaft, die ihm ein Gemälde des Generals von Steuben überreichte und die Grüße ihrer Landsleute überbrachte.

Bayerische Staatsanleihe von 125 Millionen

München, 16. Juli. Der bayerische Finanzminister hat auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums dem Landtag einen Antrag auf Ermächtigung zur Annahme einer Staatsanleihe bis zum Betrage von 125 Millionen RM. zugehen lassen, die dazu dienen soll, kurzfristige Schuldenverschreibungen des Staates in Höhe von 84 Millionen RM. (20 Millionen Dollar) in eine langfristige Schuld umzuwandeln. Der Restbetrag von 42 Millionen RM. soll an die bayerischen Großwasserkräften unter dem Namen „Darlehen“ weitergegeben werden.

Eine Kirche durch Feuer vernichtet

Brüssel, 16. Juli. In der Kirche der Gemeinde Hautcroix brach heute Feuer aus, das die Kirche mit ihren Kunstschätzen vernichtete. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. 400 Schüler eines Mädchenpensionats, die sich in Gefahr befanden wurden gerettet.

Die interparlamentarische Konferenz in London

London, 16. Juli. Eine große Anzahl der etwa 500 Delegierten, welche der 26. interparlamentarischen Konferenz beizuwohnen werden, trafen in London ein. Die Konferenz wird durch Jeanand Bouisson, den Präsidenten der französischen Kammer, feierlich eröffnet werden. 27 Nationen werden an ihr teilnehmen, darunter auch Deutschland.

Aus Stadt und Land

Altentwig, den 17. Juli 1930.

Amtliches. Durch Entschliegung des Herrn Kirchenpräsidenten ist die Pfarrei Gallenkirchen, Def. Hall, dem Stadtvicar Martin Hinderer in Freudenstadt übertragen worden.

Befähigt wurde von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung die Wahl des Verwaltungspräsidenten Alfred Koch in Herrenberg zum Ortsvorsteher der Gemeinde Reulshausen, Neuenbürg.

Tödlicher Unglücksfall

Nagold, 17. Juli. Der angeblich aus Bregenz stammende Geschäftsreisende Walter Wohlgenannt, geboren am 7. Juli 1895, verstarb heute früh 7.15 Uhr im hiesigen Krankenhaus an den Folgen eines Sturzes vom Motorrad. Wie uns mitgeteilt wurde, ereignete sich der Unglücksfall folgendermaßen: Der oben genannte Geschäftsreisende kam in eine hiesige Motorradwerkstätte und wollte sich mit einem Motorrad über Jelshausen nach Hattenbach führen lassen. Kaum waren die beiden (Fahrer und Reisender) einen Kilometer von Nagold, in der Richtung Jelshausen fahrend, entfernt, als der Fahrer schnell halten

„Grüßen Sie den Kurfürsten. Sagen Sie noch einmal, daß ich ihm von Herzen danke. Ueber's Jahr zum Weihnachtsfest lehre ich wieder. Nur für einen Tag, um Glück zu wünschen. Ich will nicht Unruhe bringen.“

Brühl verbeugte sich.

„Leben Sie wohl, Brühl. Ich wünsche Ihnen alles Gute!“

„Tausend dank, Herr Graf.“

„Ich bin nur der Augsburger“, unterbrach ihn Friedrich.

„Glück auf allen Ihren Wegen.“



Die letzten Worte hörte der Augsburger nicht mehr. Seine Gedanken weilten bei der Mutter.

Am Abend verließ ein Reisewagen des Hofes die Stadt. Friedrich Augsburger ließ den Kutscher halten, als er Dresdens Straßen hinter sich hatte, und stieg aus.

Tief atmete er die klare Winterluft ein. Durch den Schnee duftete die Scholle.

„Wenn erst Frühling ist!“ dachte er sehnsuchtsvoll und wußte doch, daß für ihn alles Hoffen vorüber war.

17.

Heimwärts.

Frau Bertha Lahner, des Bauern Lahner Weib, lag krank auf dem Tod nieder.

Ihr Gatte und ihr Sohn sahen bedrückt an ihrem Lager, wollten so gern Trost spenden und konnten es nicht, denn die Frau verstand sie nicht mehr.

Sie erwartete stehend den Tod.

Unverwandt ruhte ihr Auge auf der Tür, und doch kam niemand als der Pfarrer.

Er gab ihr das heilige Abendmahl. Willig nahm sie an, was ihr geboten ward. Aber sie sah es nicht an.

Der Todkranken Blicke hingen unerrückbar fest an der Tür.

„Frau, was schaut Ihr so nach der Tür?“ fragte der Geistliche.

„Er kommt, Herr. Er kommt! Ich wart' auf ihn“, sagte sie mit leiser, ringender Stimme.

„Wer soll kommen, liebe Frau?“

Sie beugte sich vor, näher zu dem Seelsorger. „Er — mein Jung', mein Jung', er kommt. Ich fühl's, hier drinn' fühl' ich's.“

„Euer Sohn ist bei Euch, liebe Frau.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Nicht der, Herr! Nicht der! Hab' vor ihm noch ein ander' Kind gehabt.“

Alle sahen sich bestürzt an.

„Frau, redet irrt!“ sagte der Mann rauh, aber nicht hart. Es würgte ihm in der Kehle. Hat sie allzeit lieb gehabt.

„Ist so, Guter“, sagte die Kranke ganz ruhig. „War damals noch nicht dein Weib, Mann. Groß' nicht, du. Hab' dir die Treu allseit gehalten. Hab' so gebüht. Den Jung', den hat er mir genommen. War zwei Jahre alt. Hat ihn in gute Pflege gegeben. Wollt dich bitten, daß du mir verzeihst, Mann. Wollt dich bitten, daß er zur Mutter kommen dürft!“

Herzerreißend, kaum hörbar sprach die Frau.

„Groll dir nicht, Frau! Hätt' dir nicht gegrollt, wär' der Jung' zu dir gekommen. Wer hat ihn dir genommen?“

„Weiß nicht. Großer Herr. Hat tausend Diener. Weiß nicht, Mann. Mein Kopf, o mein Kopf!“

Sie sank erschöpft nieder.

Stille war im Raum. Die Männer sahen sich an. Ihre Herzen bebten.

Sprach die Frau lagend weiter:

„Dreißig Jahr fast hör' ich meines Jungen Stimme. Seh' ihn vor mir, wie er mich anlacht. Seh' mich zu Tod nach ihm. Röcht ihn fassen und bin doch nicht bei ihm. Mein Jung'.“

„Wie hast du ihn geheissen, Frau?“

„Friedrich.“

Horcht die Frau mit einem Male auf. Ihr totenblaßes Gesicht verrät die höchste Erregung.

(Fortsetzung folgt.)



...mühte, da er anscheinend einen Rahmenbruch bemerkte. Durch das rasche Fallen stürzte der auf dem Sogius sitzende Geschäftsführer drei bis vier Meter über den Fahrer weg vor das Motorrad und erlitt einen Schädelbruch. Der Fahrer kam mit leichten Verletzungen davon.

Freudenstadt, 16. Juli. Das altrenommierte Café Schmid in der Lohburgerstraße, direkt am Promenadenplatz, hat in den letzten zwei Monaten unter der Leitung von Architekt Bacher einen durchgreifenden Umbau und eine bedeutende Erweiterung erfahren, die in der Hauptsache in der Bereitstellung eines weiteren Gastzimmers liegt, das in sich abgeschlossen ist und von außen einen besonderen Zugang hat; mit dem allgemeinen Café-Lokal ist es durch eine Falltür verbunden, so daß beide Räume leicht zu einem einzigen großen vereinigt werden können. Gleichzeitig wurden die Toiletten erweitert und die aufsteigende eingetragene Backstube nach dem Untergeschoß verlegt, in dem auch die Kühl- und Kellerräume eine bedeutende Vergrößerung erfahren. Die Gasträume sind sehr geschmackvoll ausgestattet worden. Die Wände sind zum Teil mit Kirschbaumholz, zum Teil mit Salubra-Tapeten versehen und ein Teil der Decke mit Intarsien versehen worden. Besonders bemerkenswert ist die Nische, deren Wandflächen Intarsienbilder zeigen: zwei Längspaare aus der Zeit des Wiener Künstlers Charlotte Slezajed-Berlin. Beachtenswert sind besonders die Arbeiten der Firma Martin Koch-Ragold, welche das ganze Gefühl und die Linie sowie die wertvollen Intarsienarbeiten in der Nische ausführte. Es verbindet sich in den Räumen Kunst und Wertarbeit. Dieses modern eingerichtete Café bedeutet für Freudenstadt zweifellos einen weiteren Fortschritt und eine Sehenswürdigkeit besonderer Art auf dem Gebiete der Raumkunst.

Calw, 15. Juli. Der Bezirkskirchentag wurde gestern im Vereinshaus mit einer Morgenandacht von Pfarrer Schimpf in Althengstett eröffnet, nachdem als Auftakt zu dem Tag am Sonntag abend in der Stadtkirche eine Feier des Augsburger Bekenntnisses mit Lichtbildern, Chorgesängen, Sprechstücken und einer Ansprache von Stadtpfarrer Hermann Stiefgen stattgefunden hatte. Demnach besaß die Tagung die erschienenen Gäste und Ehrengäste, darunter Prälat Dr. Schöll, und gab hierauf einen Bericht über die Tätigkeit des Bezirksauschusses, sodann die Festsetzung des Haushaltsplans und einen Vorschlag zur Vertiefung der bei der Bezirkshilfskasse eingegangenen Kirchenopfer. Nach dem Haushaltsplan ergibt sich ein Mehrbedarf von 2427 Mark, der durch eine Umlage im Betrag von 6 Prozent des Landeskirchensteuerfolls gedeckt werden soll. Bei der Bezirkshilfskasse stehen 968 Mark zur Verfügung. Hieron erhalten die Kirchengemeinden Simmohheim und Neuhengstett je 300 Mark, Unterreichenbach, Leinach und Oberhaugstett je 100 Mark. Der Bericht des Prälaten über das kirchliche Leben im Bezirk verbreitete sich über Besetzungen von Pfarrstellen, kirchliche Vermögensverwaltung, Abendmahlsbesuch, Kirchenopfer, das sich in aufsteigender Linie bewegt, und in Althengstett und Calw eine erfreuliche Höhe über auswärtige Zwecke aufweist, über die bestehenden Gemeinschaften, bei denen eine reiche Entfaltung des religiösen Lebens zu beobachten sei, wobei aber doch gewisse Bedenken in der Entwicklung hauptsächlich in der Konkurrenz hervortreten, über die Jugendfürsorge und über den ringenden Ruf zur Sammlung. In der Aussprache wurden zwei Punkte besonders hervorgehoben: die Samstagshochzeiten und die Stellung der Gemeinschaften unter sich und zur Landeskirche. Bei den Samstagshochzeiten wurden verschiedene Vorschläge zur Abstellung gemacht, darunter auch der, die Hochzeitsfeier bis 1 Uhr zu verlängern, doch fanden die Verhältnisse in den Arbeiterorten volles Verständnis. Die Aussprache über die Gemeinschaften hatte etwas Zurückhaltendes, doch wurde das Verbot der Süddeutschen Vereinigung auch von dem Sprecher der Altpietisten bemängelt. Als Vertreter der Süddeutschen Vereinigung sprach Fabrikant und Abgeordneter Blank, als Vertreter der Bahn-Ihren-Gemeinschaft Ritterschulze und als Vertreter der Altpietisten Schultheiß Seeger in Zwerenberg. Prälat Dr. Schöll sprach in weitläufigen und geistreichen Betrachtungen über den Zustand unserer Gemeinden, besonders auch der Landgemeinden, über die Landeskirche und den Deutschen Kirchenbund und über die Stellung zu neuen Problemen im deutschen Kirchentag. Pfarrer Hebling in Ostelsheim konnte ein erfreuliches Bild über die Tätigkeit des Gustav Adolph-Vereins im Bezirk geben und mitteilen, daß sich die Beiträge mehr als verdoppelt haben. Stadtpfarrer Schilling in Bad Liebenzell hielt einen tiefgehenden und neue Wege zeigenden Vortrag über das Thema „Was erwartet die evangelische Gemeinde von ihrer Jugend und was schuldet sie ihr?“ — Heute findet die theologische Pfarrkonferenz statt.

Stuttgart, 16. Juli. (Keine Handwerkskammerwahl in Württemberg) Bei den Wahlleitern für die Handwerkskammerwahlen in Württemberg sind nur je ein Wahllooschlag aus jedem der vier Handwerkskammerbezirke eingegangen. In den Sitzungen der von den Wahlleitern gebildeten Wahlausschüssen haben diese einstimmig die obengenannten Wahllooschläge zugelassen und festgestellt, daß es einer Wahlhandlung nicht bedarf, weil für jeden Wahlbezirk nur ein Wahllooschlag zugelassen ist. Es gelten daher gemäß § 18 der Wahlordnung die in diesen Wahllooschlägen aufgeführten Bewerber als gewählt.

Stuttgart, 16. Juli. (Die Elektrifizierung der Vorortstrecken.) Die Stadt Stuttgart hatte bis zum 16. Juli Zeit, sich zum Vertragsabschluß zwischen Reichsbahn und württembergischem Staat wegen der Elektrifizierung der Vorortstrecken und der Verbesserung des Filialverkehrs zu äußern. Sie hat das, wie wir hören, in positivem Sinne am Mittwoch getan. Das Schreiben ist bereits beim württ. Wirtschaftsministerium eingegangen. Dem Vertragsabschluß zwischen dem württembergischen Staat und der Reichsbahn steht nun nichts mehr entgegen. Damit ist die Ausführung des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms des württembergischen Staates und die Elektrifizierung der Vorortstrecken von Stuttgart gesichert.

Verzögerung der Sommertagung. Die für den kommenden Sonntag, 20. Juli, in Ludwigsburg geplante Sommertagung und Vertrauensmännerversammlung der Deutschen demokratischen Partei Württembergs wird mit Rücksicht auf die ungeläute Lage im Reichstag verschoben.

Böblingen, 16. Juli. (Gaujüngertag.) Trotz des schlechten Wetters waren 3000 bis 4000 Gäste erschienen und machten schon aus dem Luftakt, der Gedächtnisfeier, die um 10.30 Uhr auf dem Friedhof stattfand, eine Feier von bester Eindringlichkeit. Der Lieberkrantz legte am Grab eines seiner Gründer, Julius Gänzel, einen Lorbeerkrantz nieder. Als man sich zum Festzug aufstellte, sechs Gruppen in verschiedenen Straßen, um dann auf das gemeinsame Ziel, den Elbenplatz, zu marschieren, blieb auch das Nash von oben nicht aus. Jedoch die Sänger ließen sich das nicht weiter anfechten und in endlosem Zug, mit Vereinen und Fahnen, Festwagen, mit einem „Jungen“ Kiemsflugzeug, einer Ritterkutsch des Schützenvereins, dazwischen eine Kletterkutsch, so ging es auf den Festplatz. Der schöne Festplatz der Marienplatz mit seinen alten Kastanienbäumen, war besetzt mit Tischen aller Art; es war ein Volksfest im Kleinen. Auf dem 500 Quadratmeter großen Podium sammelten sich die Sänger zu den Massenliedern, und unter Leitung des ersten Gauhormeisters, Musikdirektor Georg Kad, erklang Mozarts majestätischer und erhebender „Schubgeist“. Die Orchesterbegleitung hatte die Kapelle des 13. Infanterieregiments übernommen. Die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Böblinger Lieberkrantzes, Kaufmann Mittel, war ein einziges „Ich habe an“ gegen den Wettergott. Stadtschultheiß Kraut begrüßte die Gäste und bedauerte das Mißgeschick des Vereins, dem der Himmel an seinem Ehrentag so wenig gnädig sei. Dann wurde ein Programm abgewickelt, das hervorragend war, wobei besonders das neue Chorwerk von Sügmuth „Ein einzig Volk“ Aufsehen und Beifall fand.

Tübingen, 16. Juli. (Hoher Besuch.) Die Kronprinzessin von Italien, eine geborene Prinzessin von Belgien, traf gestern von Lugano kommend mit einem Gefolge von fünf Personen in Tübingen ein. Die Kronprinzessin ist auf einer Autoreise durch Deutschland begriffen und setzte ihre Fahrt nach Ulm fort.

Reutlingen, 16. Juli. (Stenographentagung.) Die 33. Hauptversammlung des Württ. Stenographenbundes Stolz-Schrey, die unter zahlreicher Beteiligung der Vereine hier stattfand, hat nachstehende Entschlüsse gefaßt: „Der Württ. Stenographenbund Stolz-Schrey kann in der zur amtlichen Kurzschrift erklärten sogenannten „Reichskurzschrift“ keine Lösung der Kurzschriftfrage erblicken. Der Württ. Stenographenbund Stolz-Schrey ersucht die Regierungen von Württemberg und der übrigen Länder, darauf hinzuwirken, daß 1. der die Weiterentwicklung der deutschen Kurzschrift hindernde Systemzwang möglichst bald aufgehoben wird, 2. als Sparrmaßnahme jegliche öffentlichen Mittel für die K.R.S. gestrichen werden und 3. der für eine Revision der K.R.S. vorgesehene „Länderauschuß“ einberufen wird. Bei der von Oberreallehrer Stark in Stuttgart geleiteten öffentlichen Festigung sprach Studienleiter a. D. Werner-Stuttgart über „Die Kurzschrift als Kultur- und Wirtschaftsfaktor“. In einem Schlußwort begründete Regierungsrat Baumler die Entschlüsse. Beim Weltjubiläum wurde bis zu 320 Silben in der Minute geschrieben. Eugen Köhringer-Reutlingen wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt, verschiedene verdiente Mitarbeiter durch Auszeichnungen geehrt.

Oberndorf a. N., 16. Juli. (79. Geburtstag.) Direktor Paul Kauler vollendete sein 79. Lebensjahr. Zu Beginn dieses Jahres zwang ihn eine schwere Krankheit, von der er jedoch wieder völlig genesen ist, die technische Leitung der Waffenabteilung in den Kaulerwerken, denen er seine ganze Lebensarbeit gewidmet hat, jüngeren Händen anzuvertrauen und sich in den wohlverdienten Ruhestand zu begeben. Er bekleidet aber zahlreiche Ehrenämter.

Regelsweiler M., Ellwangen, 16. Juli. (Erfikt.) Das 2jährige Söhnchen und einzige Kind des Wälders August Lehr spielte mit Kindern in der Nachbarschaft. Als es um 7 Uhr ins Bett gebracht werden sollte, war es nirgends aufzufinden. Nach fast zweistündigem Suchen fand man das Kind hinter einem Nachbarhaus erstickt in der Abortgrube, auf der die Bretter etwas beiseite geschoben waren.

Weingarten, 16. Juli. (Festnahme der Pfarrhauseinbrecher.) Zwei hiesige Schulleute und zwei Kriminalbeamte aus Ravensburg konnten hier die schon länger gesuchten Pfarrhauseinbrecher von Urlau festnehmen. Die beiden Einbrecher, zwei Brüder Hans und Martin Dingler aus Ettenkirch, wollten in einem hiesigen Gasthof übernachten. Bei der Verhaftung fand man bei ihnen verschiedenes Einbrecherwerkzeug, ebenso eine Schußwaffe. Bis jetzt haben die beiden Einbrecher sieben Pfarrhauseinbrüche, die sie in Württemberg begangen haben, eingestanden.

Vampertswiller M., Saulgau, 16. Juli. (In den Brunnen schachtig.) Am Sonntag wollte der Landwirt Johann Feyrer die in seinem Hof stehende Flügelpumpe nachsehen. Als er nach einer Viertelstunde noch nicht zu Tisch kam und man ihn rufen wollte, fand man den Schachtdeckel offen. Feyrer war in den Schacht gestürzt und tot.

Ugendorf M., Riedlingen, 16. Juli. (Tödl. Verunglück.) Bei einem Sprengschuß im Steinbruch auf dem Schlupenberg verunglückte der ledige 25jährige Max Fiesel von Ugendorf. Der Verunglückte wurde 47 Meter weit über die Bäume hinweggeschleudert und war, größtenteils verstümmelt, sofort tot.

Schwenningen, 16. Juli. (Deutsche Uhrenarbeiter für Rußland?) In den letzten Tagen hat die russische Handelsdelegation in Berlin mehrfach den Schwarzwaald bereist, um Uhrenarbeiter für eine in Rußland zu gründende Uhrenindustrie zu suchen und Maschinen anzuschaffen. Gegenüber einem schon früher unternommenen gleichen Versuch soll der jetzige von besserem Erfolg begleitet gewesen sein. Aus Schramberg und Schwenningen sollen sich mehrere Arbeiter auf Grund vorläufiger Verträge verpflichtet haben.

Altheim O., Ulm, 16. Juli. (Opferhodmarder.) Von Sonntag auf Montag wurde in der hiesigen Kirche eingebrochen. Da der Pfarrer schon längere Zeit nicht anwesend ist, befand sich dort das Opfer von mehreren Sonntagstagen, das auf mindestens 50 RM. geschätzt wird und dem Täter ganz in die Hände fiel. Vom Täter hehst bis jetzt noch jede Spur.

Geunbach O., Schorndorf, 16. Juli. (Hagelschlag.) Am Dienstag vormittag um 9 Uhr zog über unsere Gemarkung ein schweres Gewitter, das von Hagelschlag begleitet war. Die prächtig stehenden Weinberge wurden übel gerichtet. Ein Drittel des Weintrags dürfte vernichtet sein. Teilweise beträgt der Schaden jedoch bis zu 80 Proz.

Enzberg O., Maulbronn, 16. Juli. (Tödl. Unfall.) Bei den Erneuerungsarbeiten am Kanal hier ist ein verheirateter Arbeiter aus Pinache verunglückt. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod des Verunglückten feststellen.

Schramberg, 16. Juli. (Neue Autolinie.) In Hornberg fand eine Versammlung von Vertretern von Städten, Gemeinden und Behörden verschiedenster Art statt, in der das Problem der Errichtung einer Autolinie zwischen Rhein- und Neckartal, zwischen Elzach und Hornberg, zur Debatte stand. Oberbürgermeister Ritter-Schramberg trat in längeren Ausführungen warm für das Projekt ein und betonte immer wieder die Bindungen, die zwischen den badisch-württembergischen Randgebieten beständen, und die mehr sind als nur wirtschaftlicher Art. Eine Resolution, die einstimmige Annahme fand, wurde an die Reichspost geschickt.

Letzte Nachrichten

Lohnabbau der Holzindustrie

Berlin, 17. Juli. Nachdem der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie die Lohnabkommen zum 1. 8. 1930 gekündigt hat, trat die zentrale Verhandlungskommission in Berlin zu Verhandlungen über die Erneuerung der Lohnabkommen gestern zusammen. Die Arbeitgeber fordern laut „Vorwärts“, daß die bisherigen Entlöhne auf den Stand vom 1. 10. 1928 zurückversetzt werden. Das bedeutet eine Reduktion der Spitzenlöhne in den einzelnen Lohngebieten um 6-9 Pfennige pro Stunde. Von diesen reduzierten Löhnen soll für die Musikinstrumenten- und Stuhlindustrie ein weiterer Abzug von 12 1/2 Prozent gemacht werden. Das würde für diese Industriezweige einen Lohnabbau von 17-23 Pfennig pro Stunde bedeuten. Die Verhandlungen werden am 17. Juli fortgesetzt.

Die Rotverordnung

Berlin, 17. Juli. Wie „Deutsche Allg. Zeitung“ mitteilt, enthält die erste Rotverordnung einige Änderungen am bisherigen Deckungsprogramm. Die Reichshilfe, das 2 1/2-prozentige Kopier der Beamten und Behördenangehörigen, ist dahin gemildert worden, daß Staat- und Behördenangehörige unter einer Gehaltsgrenze von 8400 Mk. von der Reichshilfe befreit sind. Das Kopier ist ferner auf die Lantienen der Aufsichtsräte ausgedehnt worden. Der 3-prozentige Einkommensteuerzuschlag ist unverändert geblieben. Die Ledigensteuer ist dahin gemildert worden, daß Einkommensteuerpflichtige, die für einen geschiedenen Gatten oder für einen unterhaltspflichtigen Elternteil Unterstufungen über 10 Prozent ihres Einkommens abführen und hierfür einen Steuerabzug genießen, von der Ledigensteuer befreit sind.

Die Berliner Presse zur Rotverordnung

Berlin, 17. Juli. Die mit so großer Spannung erwartete Entscheidung im Kampfe um das Deckungsprogramm ist nunmehr durch die Rotverordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Verfassung gefallen. Die Stellungnahme der Berliner Blätter ist naturgemäß nicht einheitlich.

Die „Germania“ macht dem Reichstag zum Vorwurf, daß er in einer Stunde verlagert habe, wo er inmitten einer gefährlichen Wirtschaftskrise, inmitten dringlichster finanzieller Aufgaben handeln und entscheiden mußte. Infolge dieses Mangels an Mut und Verantwortung, den der Reichstag gezeigt habe, sei der Reichsregierung nichts anderes übrig geblieben, als das zu tun, was im Interesse des Staates und einer geordneten Finanzwirtschaft ihre unausweichliche Pflicht war. Das Blatt hebt besonders die Ablehnung des kommunalistischen Mißtrauensantrags mit einer Mehrheit von 185 Stimmen hervor und knüpft daran die Folgerung, daß der gestrige Tag mit einem starken Erfolg des Kabinetts geendet hat. Ueber das Schicksal des von den Sozialdemokraten angekündigten Aufhebungsantrags äußern sich die Blätter zum Teil in dem Sinne, daß es mit Hilfe der Deutschnationalen gelingen dürfte, die Rotverordnung weiter in Kraft zu halten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist auf die Gefahren hin, die bei einer Wiederaufhebung der Rotverordnung insbesondere der Landwirtschaft in der allerkritischsten Zeit der Ernte drohen und schreibt: Wir können uns nicht vorstellen, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion bei der entscheidenden Nachtprobe zwischen der Regierung Brüning-Schiele und der aufs äußerste bereits wieder machtuhrigen Sozialdemokratie anderswo zu finden sein sollte, als in Gemeinschaft mit dem übrigen Bürgertum an der Seite der Regierung.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ erklärt, daß eine Entscheidung bei den Deutschnationalen noch nicht gefallen ist. An sich schreibt das Blatt, sei das Schicksal der Rotverordnungen um so prekärer, als anzunehmen sei, daß auch einzelne Mitglieder der Regierungsparteien sich dem Aufhebungsantrag anschließen dürften.

In diesem Zusammenhang weist die „Deutsche Zeitung“ darauf hin, daß die deutschnationale Fraktion die Beschlüsse über ihr tatsächliches Vergehen im einzelnen erst dann fassen kann, wenn ihr die Rotverordnungen der Regierung vorliegen.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteil, Verantwortlicher Schriftleiter Erwin Bollmer.

Jedem sein Motorrad!

Durch gemeinnütziges Finanzierungssystem. Von RM. 45.— an. Wochenrate von RM. 5.— an. Tilgung des Darlehens auf Wunsch in 3 Jahren. Finanziert werden alle inländischen Fabrikate. Kurze Wartezeit. — Viele Referenzen! Verlangen Sie unsere Aufklärungsbroschüre gegen RM. 1.50 Nachnahme!

Motorrad-Finanzierungs-Reform Magdeburg
Breiter Weg 271 a. Mitarbeiter allerorts gesucht!



Schneeweiß wie diese Blütenkelche

wird Deine Wäsche durch das vorzügliche selbsttätige Waschmittel

Ozonil

Freudenstadt.

Heute Donnerstag, 17. Juli

Eröffnung

der neu errichteten

Café-Räume

zu deren Besuch wir freundlichst einladen. Die Aufmachung ist eine Sehenswürdigkeit unserer Stadt. Für Vereine und Gesellschaften ist ein separater Gesellschaftsraum eingerichtet. Unser Bestreben ist, das Beste an feinen Konditoreierzeugnissen, sowie Getränken zu bieten.

Hochachtend

Eugen Schmid m. Familie

Altensteig.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 18. Juli, vormittags 1/2 9 Uhr kommt gegen Barzahlung an den Meistbietenden zum Verkauf:

Eine Schlagblechschere.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

DER ROMAN FÜR DIE JUGEND



Die andere Seite

(Journen's End)
von R. C. Sherriff und Vernon Bartlett :: Deutsch von Hans Keißiger

464 Seiten

Preis Reichsmark 4.50

Zu haben in der

**W. Riekerschen Buchhandlung
L. Lauk, Altensteig (Württbg.)**

Lästiger Schweißgeruch

Bei übermäßiger Schweißabsonderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchsbelästigung, besonders bei heißer Leibes-
Crema. Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

KOSTENLOSE ARCHITEKTENBERATUNG

I
N
N
E
N

MARTIN KOCH, MÖBELFABRIK NAGOLD

-AUSBAU

VON VILLEN, CAFÉS, HOTELS
LADEN-UMBAUTEN
FRISEUR-SALONS

FEINE FORMENVOLLENDETE SPEISEN, HERREN- UND SCHLAFZIMMER

Altensteig

Heute in blauschwarzer Ware und starrer Eispackung eingetroffen:



- Ia. Schellfische o. Kopf
- Ia. Rotzungen
- Ia. Fischfilet, bratfertig bei

Hr. Burgbard jr.

Altensteig

Rote und schwarze
Johannisbeeren
sucht zu kaufen.

Wer — ? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Heute ab 5 Uhr ist
frisches Obst und Gemüse

auf dem Marktplat.

Altensteig

Größeres Quantum großbeerige
rote Eräuble
und kleineres Quantum schwarze Eräuble
verkauft

A. Maß, Schuhgeschäft



Altensteig.

Zu gegenwärtiger Verbrauchszeit empfiehlt seinen reell gebraunten
Kirsch-, Zwetschgen-, Obst- und Fruchtbranntwein

Karl Theurer, Restaurateur.

Sommerliches

Einfamilienhaus

mit Werkstatte hat zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bls.



Achtung!

Zur

Beerenwein-Bereitung

flüssige

Reinzucht-Hefe

Sofort verwendungsfähig! Kein Vorkeimen! Auskunft und Lieferung durch

FRITZ SCHLUMBERGER

Schwarzwald-Drogerie
Altensteig : Telefon 50

Salizyl-Bergament

empfiehlt die

W. Riekersche Buchhandlung L. Lauk, Altensteig



Musik-Apparate

Sprech-Apparate und -Platten

in allen Ausführungen auf Wunsch in bequemen Teilzahlungen

W. Riekersche Buchhandlung, Altensteig